

Westafrika News 2014

Mali 01.02.2014

Hungersnot in Mali breitet sich aus

In Mali leiden derzeit 800.000 Menschen an Hunger, und weitere drei Millionen Menschen könnten bald hinzukommen. Elf Hilfsorganisationen teilten dies am Freitag in einem gemeinsamen Aufruf mit. Wenn der akute Bedarf an Nahrungsmitteln nicht schnell gedeckt werde, werde sich die Zahl der Hungernden vermutlich verdoppeln, warnte Franck Vannetelle von der Organisation Action Against Hunger. Das Welternährungsprogramm (WFP) hatte schon im Juli letzten Jahres Alarm geschlagen, weil in den Regionen Gao, Timbuktu, Kidal und Mopti die Versorgung für drei von vier Familien nicht gesichert war. In dem am Freitag von den Organisationen veröffentlichten Appell hiess es, die Zahl sei in den vergangenen Monaten weiter gestiegen. Als Gründe werden die instabile Lage nach dem Staatsstreich und der Rebellion im Jahr 2012 sowie eine schwache Ernte genannt. "Die Nahrungsmittelunterstützung für den Norden Malis muss wegen der drohenden Not hochgefahren werden", sagte Ossenii Amadou von Care International. In einer gemeinsamen Erklärung beklagen die Organisationen, dass die Beiträge der Geberländer trotz der Krise dramatisch zurückgegangen sind.

Guinea-Bissau 13.04.2014

Präsidenten und Parlamentswahlen

Die Bewohner des krisengeschüttelten afrikanischen Landes Guinea-Bissau haben am Sonntag einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament gewählt. Bereits vor ihrer Öffnung bildeten sich Schlangen vor den Abstimmungslokalen. Der Wahltag verlief ersten Informationen zufolge friedlich. Aussichtsreichste Kandidaten im Rennen um das Präsidentenamt sind der Wirtschaftsexperte und frühere Finanzminister Jose Mario Vaz von der langjährigen Regierungspartei PAIGC und Oppositionsführer Abel Incada. Zudem gibt es elf weitere Bewerber. Aussenseiterchancen hat der unabhängige Kandidat Nuno Gomes Nabian. Es soll auch die seit einem Militärputsch im April 2012 amtierende Übergangsregierung abgelöst werden. Rund 4.000 Soldaten waren im Einsatz, um für Sicherheit zu sorgen. 50 internationale Beobachter der EU sowie der Afrikanischen Union waren im Land um den fairen und freien Ablauf zu überprüfen. Ergebnisse werden erst für Mittwoch erwartet. Sollte keiner der Kandidaten eine Mehrheit erreichen, ist für den 18. Mai eine Stichwahl geplant. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass die PAIGC eine Mehrheit der 102 Parlamentssitze gewinnen wird. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen vor allem die Lebensbedingungen in dem Land. Insgesamt bewarben sich um die Parlamentssitze 15 Parteien, zur Präsidentschaftswahl traten 13 Kandidaten an.

Rund 775.000 Menschen hatten sich in dem 1,6-Millionen-Einwohner-Staat für die Abstimmung registrieren lassen, das sind 95 Prozent der Wahlberechtigten. Nach Angaben der Wahlbehörde erreichten alle Wahlzettel pünktlich die Wahllokale. Wegen Sicherheitsbedenken war die Abstimmung seit November 2013 zweimal verschoben worden. Der Urnengang war auf Druck der ausländischen Partner angesetzt worden, die nach einem Putsch vor zwei Jahren ihre Hilfe weitgehend ausgesetzt hatten. Das westafrikanische Land leidet seit Jahrzehnten unter politischer Instabilität, Gewalt und Drogenhandel.

Guinea-Bissau 17.04.2014

Stichwahl soll entscheiden

Der neue Präsident Guinea-Bissaus muss in einer Stichwahl bestimmt werden. Im Parlament hat die Unabhängigkeitspartei PAIGC einen klaren Sieg erreicht. Die ehemalige

Befreiungsbewegung PAIGC hat 55 von insgesamt 102 Parlamentssitzen errungen. Dieses vorläufige Endergebnis hatte die Wahlkommission des westafrikanischen Landes bekannt gegeben. Damit kann die PAIGC "Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und Kap Verde" künftig mit einer absoluten Mehrheit regieren. Neuer Ministerpräsident soll Domingos Simões Pereira, der ehemalige Generalsekretär der portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft CPLP, werden. Im Kampf um das Präsidentenamt soll es am 18. Mai eine Stichwahl geben. Auf dem ersten Platz liegt José Mário Vaz, der Kandidat der PAIGC. Vaz kommt auf 41 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang, der am gleichen Tag wie die Parlamentswahlen stattfand. Mit einem Präsidenten und einer stabilen Mehrheit der PAIGC im Parlament sind stabile Regierungsverhältnisse wahrscheinlich. Mit einer Rekordbeteiligung von knapp 80 Prozent hatten die Bürger Guinea-Bissaus ein klares Zeichen gegen den Militärputsch vom 12. April 2012 gesetzt. Die Partei der Sozialen Erneuerung PRS, traditionell die zweite politische Kraft des Landes, kam nur auf 41 der 102 Parlamentssitze. Die Partei und ihren Kandidaten soll den Militärs nahe stehen. Ihr Präsidentschaftskandidat Abel Incada schied mit sieben Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang aus. In die Stichwahl zieht mit 25,1 Prozent als Zweitplatzierter aber Nuno Nabiam ein. Er galt als Lieblingskandidat der für den Putsch von 2012 verantwortlichen Militärs. Spannend bleibt vor allem, wie lange die Militärs stillhalten werden. Vor zwei Jahren haben sie geputscht, als sich ein Sieg des PAIGC-Kandidaten und damaligen Ministerpräsidenten, Carlos Gomes Júnior, bei der Stichwahl abzeichnete. Gegen einen Putsch spricht allerdings, dass inzwischen in Guinea-Bissau eine Stabilisierungstruppe der westafrikanischen Staaten-gemeinschaft ECOWAS stationiert ist.

Nigeria 07.05.2014

Massaker im Bundesstaat Borno

Bei einem erneuten Anschlag in Nigeria sind bis zu 300 Menschen getötet und elf weitere Mädchen wurden entführt worden. Am Mittwoch berichteten lokale Medien, dass die radikalislamische Terrorgruppe Boko Haram in der Nacht auf Dienstag ein Dorf im Bundesstaat Borno angegriffen hat. Nach Augenzeugenberichten sollen die Angreifer wahllos auf jeden geschossen haben, der ihnen begegnete. Mindestens 200 Menschen sollen ums Leben gekommen sein, die Zeitung The Punch meldet 300 Tote. Die nigerianische Regierung wollte die Meldungen über das Ausmass des Massakers vorerst noch nicht bestätigen.

Nigeria 20.05.2014

Über 100 Tote bei Doppelschlag in Jos

Bei einem Doppelschlag im Zentrum Nigerias sind am Dienstag nach Behördenangaben mindestens 118 Menschen getötet worden. Es wird mit dem Fund weiterer Leichen unter den Trümmern zusammengestürzter Gebäude gerechnet, sagte der Nothilfekoordinator der staatlichen Rettungsorganisation NEMA in der Stadt Jos am Abend der Nachrichtenagentur AFP. Die Menschen wurden durch die Explosion zweier Autobomben auf einem Marktplatz in Jos verletzt. Die Sprengsätze detonierten im Abstand von wenigen Minuten und rissen auch Mitglieder der alarmierten Rettungsmannschaften mit in den Tod. Am Nachmittag sprengten die Attentäter zunächst einen Lastwagen in die Luft, wie das Militär mitteilte. Die Rettungskräfte seien schnell vor Ort gewesen. Etwa 20 Minuten später sei in einem Kleinbus dann die zweite Bombe explodiert. Laut Zeugenaussagen wurden dabei auch mehrere Sanitäter getötet. Einige Opfer könnten aufgrund der starken Verbrennungen nicht identifiziert werden, teilte das Nationale Katastrophenschutzamt mit. Feuerwehrleute waren im Einsatz, um den Grossbrand am Anschlagort zu löschen. Mehrere Geschäfte sind durch das Feuer komplett zerstört worden. Jos liegt im Bundesstaat Plateau, an der Schnittstelle zwischen dem christlich geprägten Süden Nigerias und dem muslimischen Norden. Für die Anschläge wird die radikalislamische Terrorgruppe Boko Haram verantwortlich gemacht.

Mali 24.05.2014

Regierung und Tuareg-Rebellen vereinbaren Waffenruhe

Die Regierung und die Tuareg-Rebellen in Mali haben nach zweitägigen Gefechten eine Waffenruhe vereinbart. Das Abkommen war am Freitagabend (Ortszeit) unterzeichnet worden, hiess es in einer Erklärung der UN-Friedenstruppe für Mali (MINUSMA). Die Einigung kam unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) zustande. Zuletzt hatten die Rebellen im unruhigen Norden Malis weitere Geländegewinne verzeichnet. Bei Gefechten mit der Armee waren in den vergangenen Tagen etwa 20 Soldaten getötet worden. Die Waffenruhe trete sofort in Kraft, sagte der mauretanische Staatschef und amtierende AU-Präsident Mohammed Ould Abdel Aziz. Nach UN-Angaben einigten sich die Konfliktparteien in einem Fünf-Punkte-Plan auf "sofortige Verhandlungen, unterstützt von der UNO sowie regionalen und internationalen Partnern". Zudem sei ein Gefangenen austausch und die Erleichterung des Zugangs für humanitäre Hilfe vereinbart worden. Eine internationale Kommission soll eingesetzt werden, um den Konflikt in dem westafrikanischen Land zu untersuchen. Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita, auch IBK genannt, begrüsst die Einigung. Aziz habe "unsere Brüder überzeugt, dass es keine Alternative zum Frieden und zu Verhandlungen gibt." Aziz hatte sich am Nachmittag mit Vertretern der Milizen getroffen, um sie zu einer Kampfpause zu bewegen. Die in der Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) zusammengeschlossenen Tuareg-Rebellen, der Hohe Rat für die Einheit von Azawad (HCUA) und die Arabische Bewegung von Azawad (MAA) sagten nach den Gesprächen zu, die Kämpfe einzustellen. Anschliessend unterzeichnete auch Innenminister Sada Samake das Abkommen. Zuletzt hatten Tuareg-Rebellen im unruhigen Norden Malis weitere Geländegewinne verzeichnet. "Wir haben Kidal, Ménaka, Aguelhok, Anefis, Tessalit und Andéramboukané unter unserer Kontrolle und wir sind 45 Kilometer von Gao entfernt", sagte ein Sprecher der secessionistischen Bewegung MNLA am Freitag. In Gao hat Frankreich rund 1000 Soldaten stationiert, die das malische Militär im Kampf gegen die Rebellen unterstützen sollen. Nach Angaben der MNLA befinden sich 40 malische Soldaten in ihrer Gewalt. Die Tuareg hoffen nach den Worten des Sprechers, dass aufgrund des Abkommens mehr als 300 Rebellen freikommen, die in der Hauptstadt Bamako inhaftiert sind. Bei den Kämpfen waren seit Mittwoch rund 20 Soldaten getötet und 30 weitere verletzt worden, erklärte das malische Verteidigungsministerium. Drei Oppositionsparteien forderten in einer gemeinsamen Erklärung den Rücktritt von Regierungschef Moussa Mara, den sie für die Gewalteskalation verantwortlich machen.

Mauretanien 22.06.2014

Präsident Abdel Aziz wiedergewählt

Bei der Präsidentenwahl im westafrikanischen Mauretanien ist Amtsinhaber Mohammed Ould Abdel Aziz mit grosser Mehrheit im Amt bestätigt worden. Nach dem am Sonntag veröffentlichten vorläufigen Auszahlungsergebnis kam Abdel Aziz auf einen Stimmenanteil von mehr als 80 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei mehr als 56 Prozent. Rund 1,3 Millionen Menschen waren am Samstag zur Wahl des Staatschefs aufgerufen. Abdel Aziz hatte vier Gegenkandidaten. Der Wahlgang wurde von Teilen der Opposition boykottiert. Abdel Aziz hatte im August 2008 den damaligen Präsidenten Sidi Cheikh Ould Cheikh Abdallahi gestürzt. 2009 wurde der frühere General offiziell zum Präsidenten des Landes gewählt. Abdel Aziz warb im Wahlkampf mit seinen Erfolgen im Kampf gegen islamistische Extremisten, seine Gegner warfen ihm einen autoritären Führungsstil vor.

Mali 25.07.2014

Regierung und Rebellen verkünden Ende aller Feindseligkeiten

Die Regierung von Mali und sechs bewaffnete Gruppen haben sich auf eine "Beendigung aller Feindseligkeiten" geeinigt. Die Vertreter der Konfliktparteien unterzeichneten am 24.07.2014 in der algerischen Hauptstadt Algier ein entsprechendes Dokument. Es ist auch ein "Fahrplan" verabschiedet worden, der den Rahmen für weitere Friedensverhandlungen vorgibt. Ziel ist eine "umfassende Lösung", hiess es in dem Dokument. Der Aussenminister Algeriens, Ramtame Lamamra, bezeichnete die Ergebnisse als "zufriedenstellend". Die Verhandlungen sollen im August fortgesetzt und im Herbst abgeschlossen werden. Zu den Vertretern der Konfliktparteien gehörten die in der Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) zusammengeschlossenen Tuareg-Rebellen, der Hohe Rat für die Einheit von Azawad (HCUA) und die Arabische Bewegung von Azawad (MAA) sowie deren Abspaltung, MAA-Dissident. Weitere Parteien waren Gruppierungen namens CPA und CM-FPR. Eines der Hauptthemen der Verhandlungen in Algier war der künftige Status von Malis Norden. Der malische Aussenminister Abdoulaye Diop, hatte vor Verhandlungsbeginn gesagt, Bamako sei bereit, für einen Friedensvertrag "so weit wie möglich" zu gehen. Voraussetzung soll die Einheit Malis mit der Republik als Staatsform sein. Die nun erzielte Einigung schliesst eine Loslösung des Nordens vom Rest des Landes aus.

Nigeria 21.09.2014

Schlag gegen Boko Haram

Bei einem Schlag der nigerianischen Armee gegen die radikalislamische Terrormiliz Boko Haram sind im Norden des Landes mindestens 48 Extremisten getötet worden. Das berichtete am Sonntag die Zeitung "Premium Times". Die Islamisten hatten zuvor am Freitag einen Markt in Mainok im Bundesstaat Borno überfallen und dabei mindestens 20 Menschen erschossen. Eine Armee-Einheit hatte daraufhin die Verfolgung der Extremisten aufgenommen. Die Terrororganisation Boko Haram führt im muslimischen Norden des Landes Krieg für einen islamischen Gottesstaat. Allein im Jahr 2014 waren bisher über 2500 Opfer zu beklagen.

Nigeria 06.10.2014

Boko Haram tötet 15 Menschen in Nigeria und Kamerun

Die Islamistengruppe Boko Haram hat bei zwei Angriffen in Nigeria und Kamerun mindestens 15 Menschen getötet. Bei einem Angriff auf Ngambu im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias wurden in der Nacht zu Montag sieben Menschen enthauptet, wie Augenzeugen und ein Behördenvertreter berichteten. Die Bewohner hätten beim Aufwachen am Morgen festgestellt, dass sieben Menschen ermordet worden waren. Man hatte ihnen die Kehlen durchschnitten. Ein Armeeeoffizier sagte, in Ngambu waren vor zwei Wochen bei Kämpfen 15 Boko-Haram-Kämpfer getötet worden, woraufhin die Gruppe Rache geschworen habe. Am Montag gab es auch im Nachbarland Kamerun einen Angriff der Gruppe. Wie ein Polizeioffizier in der Grenzstadt Amchide sagte, feuerte die Gruppe eine Rakete aus der Stadt Banki auf der anderen Seite der Grenze ab. Demnach wurden beim Einschlag der Rakete auf einer belebten Strasse in Amchidé mindestens acht Zivilisten getötet. Boko Haram kontrolliert Banki seit mehreren Wochen und dringt auch immer wieder nach Amchide vor.

Burkina Faso 28.10.2014

Proteste gegen Verfassungsreform

Bei Protesten gegen eine geplante Verfassungsänderung in Burkina Faso, welche Präsident Blaise Compaore erlauben soll im Amt zu bleiben, haben sich Demonstranten und Sicherheitskräfte in der Nacht zum Dienstag gewaltsame Auseinandersetzungen geliefert. Die Sicherheitskräfte gingen Reportern zufolge in der Hauptstadt Ouagadougou mit Tränengas

gegen dutzende vorwiegend jugendliche Demonstranten vor. Die Protestierenden versuchten, die Strasse von Ouagadougou in die zweitgrösste Stadt Bobo Dioulasso zu blockieren, und warfen ihrerseits Steine auf die Beamten. Das Parlament des westafrikanischen Landes will am Donnerstag über eine Verfassungsänderung abstimmen, die dem Präsidenten künftig drei statt zwei fünfjährige Amtszeiten erlauben soll. Compaore war im Jahr 1987 durch einen Putsch an die Macht gelangt. Nach seiner Wahl 1991 regierte er zunächst zwei siebenjährige Amtszeiten und Anschliessend zwei fünfjährige Mandate. Gegner der Verfassungsänderung wollen nun eine Woche lang dagegen protestieren. Den Auftakt bildete am Montagabend eine Kundgebung mit Hunderten von Frauen. Die Schulen und Universitäten des ganzen Landes wurden wegen der zu erwarteten Proteste für eine Woche geschlossen.

Burkina Faso 30.10.2014

Staatschef lehnt Rücktritt ab

Nach den gewaltsamen Protesten in Burkina Faso hat die Armee die Macht in dem westafrikanischen Land übernommen. Die Regierung ist abgesetzt und das Parlament aufgelöst worden, sagte ein Militärvertreter bei einer Pressekonferenz am Donnerstagabend in Ouagadougou. Es werde nun ein Übergangsgremium eingesetzt, das in den kommenden zwölf Monaten die verfassungsmäßige Ordnung wieder herstellen soll. An der Interimsregierung sollen alle Parteien beteiligt werden, erklärte General Honore Traore am Donnerstag auf einer Pressekonferenz. Die Einheitsregierung soll für maximal ein Jahr im Amt bleiben. Die Armee rief auch den Ausnahmezustand aus und verhängte eine nächtliche Ausgangssperre. Präsident Blaise Compaore hat Rücktrittsforderungen abgelehnt. Er will an der Macht bleiben und an der Spitze einer Übergangsregierung stehen, bis Wahlen stattgefunden hätten, sagte Compaore am Donnerstagabend im Fernsehen. "Ich habe die Botschaft erhalten, ich habe sie verstanden, und ich erkenne den grossen Wunsch nach Veränderung", sagte er im Sender BF1. Am Ende einer Übergangszeit werde er die Macht an einen demokratisch gewählten Präsidenten übergeben, sagte Compaore. Die Regierung in Burkina Faso hatte zuvor umstrittene Pläne zur Verfassungsänderung für eine weitere Amtszeit von Präsident Compaoré abgesagt. Bei den schweren Protesten gegen den Staatschef sind nach Angaben der Opposition am Donnerstag rund 30 Menschen getötet worden. Es soll auch mehr als hundert Menschen Verletzte gegeben haben sagte Oppositionsführer Benewende Sankara. Viele Bürger wollen mit allen Mitteln verhindern, dass Langzeitpräsident Compaoré im nächsten Jahr erneut bei den Wahlen antritt. Das Parlament kündigte eine Verfassungsänderung an, wonach Compaoré eine weitere Amtszeit erhalten könnte diese wurde aber nach den eskalierenden Protesten am Donnerstagsvormittag abgesagt. In einer Erklärung rief die Regierung die Bevölkerung zugleich zur Ruhe auf. Die Demonstranten wollen aber den Protest solange weiter führen, bis Compaoré sich zum Rücktritt bereiterklärt, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Nach Angaben der Opposition unterstützt die Armee die Proteste gegen Präsidenten Compaoré. Die Streitkräfte hätten sich "mit dem Volk verbündet", sagte am Donnerstag einer der Protestanführer, Benewende Sankara, der Nachrichtenagentur AFP. Oppositionsvertreter wollten sich mit dem pensionierten Armeechef und früheren Verteidigungsminister Kouame Lougue treffen. In den Strassen der Hauptstadt Ouagadougou skandierten am Donnerstag zehntausende Demonstranten den Namen des populären Ex-Generals. Lougue hatte sich zuvor mit dem König der Mossi, dem traditionellen Anführer der grössten Volksgruppe des Landes, getroffen. Auch Compaore ist ein Mossi. Compaoré regiert seit 1987 das westafrikanische Land. An die Macht kam er im Zuge eines Putsches. Compaoré ist ein starker Verbündeter der USA und Frankreichs. Die beiden Länder nutzen Burkina Faso als Basis für Militäroperationen gegen militante Islamisten in der Sahel-Region, berichtet die BBC. Sowohl die USA als auch die EU hatten sich gegen die geplante Verfassungsänderung ausgesprochen. Frankreich hat bereits ein Ende der Gewalt in Burkina Faso gefordert. Wütende Demonstranten stürmten vor der geplanten Abstimmung das

Parlament und legten Feuer. Sie verwüsteten Büros, setzten Akten und Autos im Innenhof des Parlamentsgebäudes in Brand und schleppten Computer fort. Der Parlamentssitz war von schwarzem Rauch umhüllt, ein Hubschrauber überflog das Gebäude. Sicherheitskräfte hatten vergeblich versucht die Demonstranten mit Tränengas zurückzudrängen. Die aufgebracht, überwiegend jungen Demonstranten riefen: "Befreit Kosyam". Kosyam ist der Name des Präsidentensitzes. Die Opposition hatte ihre Anhänger aufgerufen, zur Nationalversammlung zu marschieren. Nach der Erstürmung des Parlamentsgebäudes rückten weitere Demonstranten auch auf den Sitz des nationalen Fernsehsenders vor.

Burkina Faso 31.10.2014

Präsident Compaoré erklärt Rücktritt

Präsident Blaise Compaoré hat am Freitag nach tagelangen Unruhen seinen Rücktritt erklärt. In einer Erklärung verkündete er den Schritt und sagte, die Präsidentschaft sei nun vakant, berichtete der Sender Radio Omega. Zuvor hatte die Armee des westafrikanischen Landes erklärt, der seit Jahrzehnten regierende Compaoré sei nicht mehr länger an der Macht. Zehntausende Demonstranten waren am Freitag durch die Hauptstadt Ouagadougou gezogen und forderten seinen "bedingungslosen Rücktritt". Druck auf Compaoré wurde offenbar auch aus Frankreich ausgeübt. Präsident Francois Hollande erklärte, er rechne damit, dass Compaoré "die richtigen Entscheidungen" treffen werde. Die Gegner Compaorés zogen auf die zentrale Place de la Nation und vor das Hauptquartier der Streitkräfte. Angesichts von Protesten zehntausender Bürger gegen Compaoré mit 30 Toten und zahlreichen Verletzten hatte das Militär am Vortag das Parlament aufgelöst und die Einsetzung einer Übergangsregierung angekündigt. An der neuen Interimsregierung sollten alle Parteien beteiligt sein, sagte der Kommandant der Streitkräfte, General Honoré Traoré, am Donnerstag auf einer Pressekonferenz. Die Einheitsregierung soll demnach für maximal ein Jahr im Amt bleiben. Traorés Erklärung komme einem Militärputsch gleich, erklärte der prominente Oppositionspolitiker Benewende Sankara. "Der Abgang Compaorés ist eine Bedingung, darüber kann nicht verhandelt werden", sagte er dem Sender RFI. "Compaoré hat uns 27 Jahre lang betrogen". Nach dem Rücktritt von Präsident Blaise Compaoré steuert Burkina Faso in eine ungewisse politische Zukunft. Zwei Männer beanspruchen das Amt des Interimsstaatschefs für sich. In Burkina Faso zeichnet sich unterdessen ein neuer Machtkampf ab: Der Vizechef der Präsidentengarde, Oberst Isaac Zida, beanspruchte am Samstag das Amt des Interimsstaatschefs für sich und stellte sich damit gegen Militärführer Honoré Traoré. Zida erklärte, er werde als Übergangsstaatsoberhaupt die "staatliche Kontinuität" wahren und für einen "ruhigen demokratischen Übergang" sorgen. Eine zuvor von Traoré abgegebene Erklärung, wonach dieser das Präsidentenamt übernehme, wies Zida als "unwirksam" zurück. Eine Gruppe junger Offiziere um Zida, erklärt daraufhin die Verfassung für "aufgehoben". In einer Mitteilung kündigten die Gruppe die Bildung eines Übergangsgremiums an, dass die "schnellstmögliche" Wiederherstellung der Ordnung organisieren solle. In einer weiteren von Zida unterzeichneten Erklärung wurde zudem die Schließung der Landesgrenzen angekündigt. Burkina Faso gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, hat sich aber als Krisenvermittler einen Namen gemacht. Es ist auch ein wichtiger Verbündeter der USA und Frankreichs im Kampf gegen Al-Kaida-Ableger in der Region. Frankreich unterhält einen Stützpunkt in dem Land, den Spezialeinheiten als Basis für Einsätze in der gesamten Sahelzone nutzen. Burkina Faso ist der viertgrößte Goldproduzent in Afrika. Dort sind unter anderen die Firmen Truegold, Iamgold und Randgold Resources aktiv.

Burkina Faso 31.10.2014

Vizechef der Präsidentengarde übernimmt die Macht

Nach dem Rücktritt von Präsident Blaise Compaoré hat sich das Militär hinter den jungen Offizier Isaac Zida als Chef der neuen Übergangsregierung gestellt. Die Armeeführung hatte

sich einstimmig für den bisherigen Vizekommandeur der Präsidentengarde ausgesprochen, erklärte der Generalstab am Samstag. Die Erklärung wurde auch von Armeechef Honoré Traoré unterzeichnet, der zuerst selber die Macht für sich beansprucht hatte. Ex-Präsident Compaoré ist inzwischen in die Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) geflohen. Augenzeugen berichteten, ein Autokonvoi habe in der ivoirischen Hauptstadt Yamoussoukro ein Luxushotel angesteuert. Medienberichten zufolge war Compaorés Ehefrau, die aus der Côte d'Ivoire stammt, schon vor Tagen nach Yamoussoukro gereist. In einer Fernsehansprache erklärte Oberstleutnant Zida, er will als Übergangsstaatsschef die "staatliche Kontinuität" wahren und in Zusammenarbeit mit den Parteien und der Zivilgesellschaft für einen "ruhigen demokratischen Übergang" sorgen. Das Streben der Jugend nach einem demokratischen Wandel in Burkina Faso werde weder verraten, noch enttäuscht werden, sagte Zida. Wann die Wahlen für eine neue Regierung abgehalten werden sollen, liess er jedoch offen. Nach Angaben der Armee soll "später" über die Dauer der Übergangszeit entschieden werden. Zida hatte sich nach dem Rücktritt Compaorés am Freitag an der Spitze einer Gruppe junger Offiziere zum Führer der Übergangsregierung erklärt. Er hatte damit Armeechef Traoré herausgefordert, der ebenfalls Anspruch auf die Führung erhob. Traoré unterzeichnete jedoch am Samstag die Erklärung, in welcher der Generalstab sich hinter Zida stellte. Am Samstag kehrte in der Hauptstadt Ouagadougou wieder Ruhe ein. Anhänger der Protestbewegung bemühten sich, die Schäden der Proteste in den vergangenen Tagen aufzuräumen. Die frühere Kolonialmacht Frankreich sowie EU und USA hatten einen friedlichen und demokratischen Machtwechsel in Burkina Faso angemahnt.

Burkina Faso 06.11.2014

Einigung auf Übergangsphase

Nach dem Sturz von Präsident Blaise Compaoré haben sich die Konfliktparteien in Burkina Faso auf eine einjährige Übergangsphase geeinigt. Im November kommenden Jahres werde es Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geben, hiess es nach hitzigen Krisengesprächen von Vertretern des Militärs, der Opposition und der Zivilgesellschaft in einer gemeinsamen Erklärung. Wer bis dahin die geplante zivile Übergangsregierung führen soll, blieb aber unklar. An den Beratungen in einem Hotel der Hauptstadt von Burkina Faso nahmen auch Stammesvertreter sowie religiöse Anführer teil. Zudem vermittelten die Präsidenten aus Ghana, Nigeria und dem Senegal bei den Versuchen, das Machtvakuum in Burkina Faso zu schliessen. Compaoré war unter dem Druck von Massenprotesten zurückgetreten und in die Elfenbeinküste geflohen. Anschliessend übernahm das Militär die Macht, versprach aber einen zivilen Übergangsprozess einzuleiten. Alle an den Krisengesprächen beteiligten Seiten hätten sich darauf geeinigt, dass eine "bedeutende zivile Persönlichkeit" den Übergang leiten solle, hiess es dann am Mittwoch in der Abschlusserklärung. Auf diese Persönlichkeit konnten sie sich aber zunächst nicht einigen. Es sei nicht ihre Absicht gewesen, "Namen" zu präsentieren, sagte Ghanas vermittelnder Staatschef John Dramani Mahama. Das müsse das Volk in Burkina Faso entscheiden. Er zeigte sich aber zuversichtlich, dass "eher binnen Tagen als Wochen" eine Übergangsregierung gebildet werden könne. Als Interimsstaatschef agiert derzeit Oberst Isaac Zida. Dieser erklärte nach dem Treffen lediglich, es sei "sehr gut" verlaufen. Er sei hoffnungsvoll, dass die Menschen im Land bald "eine Lösung finden". Das stundenlange Treffen in Ouagadougou begann zunächst holprig. Vertreter von Opposition und Zivilgesellschaft verliessen zwischendurch erbost die Verhandlungen, weil sie fürchteten, dass Anhänger des geschassten Präsidenten an der Übergangsregierung beteiligt werden könnten. "Wir haben noch nicht einmal unsere Toten beerdigt und schon sollen arrogante Menschen wieder ins Amt geholt werden, die das Volk verachtet haben", sagte Luc Marius Ibriga, der Sprecher für die zivilgesellschaftlichen Gruppen. Unterdessen wurde ein Parteifreund des gestürzten Staatschefs Compaoré, Assimi Kouanda, festgenommen, wie am Mittwoch aus Sicherheitskreisen verlautete. Kouanda wird demnach vorgeworfen, zu

Demonstrationen aufgerufen und mit seinen Äusserungen die öffentliche Ordnung gefährdet zu haben. Er wurde bereits am Dienstagabend festgenommen. Demnach wurde auch der Chef einer Unterstützergruppe für Compaoré festgesetzt. Compaore und seine Ehefrau halten sich weiter in der benachbarten Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire) in der Hauptstadt Yamoussoukro auf. Am Dienstagabend hatte Compaore dort Besuch von dem ivorischen Präsidenten Alassane Ouattara erhalten. Dieser sagte anschliessend, Compaoré könne "so lange bleiben, wie er will".

Burkina Faso 13.11.2014

Einigung auf Übergangscharta

Nach dem Sturz von Präsident Blaise Compaoré in Burkina Faso haben sich Vertreter der Armee und der Zivilgesellschaft auf neue Grundlagen für eine neue Staatsordnung geeinigt. Der Entwurf einer sogenannten "Übergangscharta" für Burkina Faso, der der Nachrichtenagentur AFP am Mittwoch vorlag, enthielt weitreichende Zugeständnisse der Militärmachthaber zu enthalten. In dem Dokument geht es um die Gestaltung der einjährigen Übergangsphase bis zu den nächsten regulären Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Das neue Parlament, bezeichnet als "Nationaler Übergangsrat", solle mit der Interimsregierung als künftige Machtorgane in dem Land handeln. Die Armee hatte sich dazu bereit erklärt, einen gewählten Zivilisten anstelle eines Soldaten an der Spitze des Nationalen Übergangsrats zu akzeptieren. Die Volksvertretung soll nun auch ein "gesetzgebendes" und nicht nur ein "beratendes" Organ werden, wie die Armee das zuerst gefordert hatte.

Nigeria 14.11.2014

Boko Haram im Nordosten auf dem Vormarsch

Kämpfer der Islamistengruppe Boko Haram haben ihren Vormarsch im Nordosten Nigerias fortgesetzt. Wie Augenzeugen am Freitag der Nachrichtenagentur AFP berichteten, eroberten sie die Stadt Chibok im Bundesstaat Borno. Dort hatte die Gruppe im April 280 Schülerinnen entführt, von denen mehr als 200 bis heute verschwunden sind. "Chibok wurde von Boko Haram eingenommen", sagte der christliche Geistliche Enoch Mark, dessen Tochter und Nichte zu den seit April vermissten Schülerinnen gehören. Die Islamisten hätten die Stadt am Donnerstagnachmittag angegriffen, alle Telefonmasten zerstört und die Einwohner in die Flucht. Boko Haram hatte in den vergangenen Monaten zahlreiche Dörfer und Städte in den Bundesstaaten Adamawa, Yobe und Borno eingenommen. Vor ihrem Angriff auf Chibok eroberten Hunderte Kämpfer am Donnerstag bereits zwei Dörfer im benachbarten Bundesstaat Adamawa und stehen damit hundert Kilometer vor dessen Hauptstadt Yola. Mit Unterstützung örtlicher Milizen vertrieb die nigerianische Armee dagegen nach Regierungsangaben die Islamisten aus der dortigen Wirtschaftsmetropole Mubi. Boko Haram hatte die Stadt vor zwei Wochen erobert und sie in Madinatul Islam ("Stadt des Islams") umbenannt.

Burkina Faso 17.11.2014

Diplomat wird Übergangspräsident

Rund zwei Wochen nach dem Rücktritt von Langzeitpräsident Blaise Compaoré ist der Diplomat Michel Kafando zum Übergangspräsidenten von Burkina Faso ernannt worden. Das teilte das Wahlkomitee in dem westafrikanischen Krisenstaat mit. Der 72-Jährige soll einen Regierungschef auswählen und ein Kabinett ernennen. Bei den Wahlen, die für Ende 2015 geplant sind, darf er nicht antreten. Sein Vorgänger war Ende Oktober unter dem Druck von Massenprotesten zurückgetreten, woraufhin zunächst das Militär die Macht übernommen hatte. Compaoré wollte die Verfassung ändern lassen, um länger an der Macht zu bleiben. Am Sonntag hatten Vertreter von Streitkräften und Zivilgesellschaft in Ouagadougou eine

Übergangscharta unterzeichnet, die als vorläufige Verfassung dienen soll. Kafando hat in Frankreich studiert und war jahrelang Botschafter des Landes.

Burkina Faso 19.11.2014

Zida zum Übergangspräsident ernannt

Der bisherige Militärmachthaber Isaac Zida ist zum Übergangspräsidenten von Burkina Faso ernannt worden. Ein entsprechendes Dekret erliess am Mittwoch der gerade erst vereidigte zivile Übergangspräsident Michel Kafando. Der langjährige Diplomat Kafando war erst am Dienstag als Übergangspräsident von Burkina Faso vereidigt worden. Der 72-Jährige war mehrere Jahre lang Ouagadougous UN-Botschafter. Er hatte zuvor dem Rundfunksender Radio France gesagt, dass die Armee eine wichtige Rolle bei der "Stabilisierung" des Landes spielen soll. Vertreter der Streitkräfte und der Zivilgesellschaft einigten sich auf eine Charta, die eine einjährige Übergangsperiode unter der Führung eines zivilen Präsidenten vorsieht und dass der Übergangspräsident auch aus militärischen Reihen kommen kann. Nach einer einjährigen Übergangsphase zur Beruhigung des Landes sollen im November kommenden Jahres umfassende Wahlen stattfinden.

Nigeria 28.11.2014

Mehr als 120 Tote bei Anschlag auf Moschee

Bei einem verheerenden Angriff auf die Grosse Moschee der nigerianischen Millionenstadt Kano sind mehr als 120 Menschen getötet worden. Laut Rettungskräften könnte die Zahl sogar bei bis zu 400 Opfern liegen, berichtete die BBC. Mit Sprengsätzen und Gewehren bewaffnete Angreifer attackierten während des Freitagsgebets die Moschee, deren oberster Geistlicher vergangene Woche zum Kampf gegen die Extremistengruppe Boko Haram aufgerufen hatte. Nach vorläufigen Angaben der Rettungskräfte wurden 270 Menschen verletzt. Vier Angreifer wurden von der Menge getötet. Die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini sagte, Europa unterstütze die Regierung in Abuja im Kampf gegen den Terrorismus. Im Namen der EU drückte Mogherini den Familien der Opfer, der muslimischen Gemeinschaft und allen Nigerianern ihr Beileid aus. Auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon verurteilte den Anschlag. Für Angriffe auf Zivilisten gebe es keine Rechtfertigung. Die Sprecherin des US-Aussenministeriums, Jen Psaki, nannte die jüngsten Attentate im Nordosten des Landes "abscheulich". Nigerias Präsident Goodluck Jonathan hat den Anschlag verurteilt und versprochen, die Täter zu bestrafen. Jonathan wies die Sicherheitsbehörden laut einer Mitteilung vom Samstag an, "nichts unversucht zu lassen, bis alle Terroristen gefunden und zur Rechenschaft gezogen sind". Er appellierte an das nigerianische Volk, "dem gemeinsamen Feind geschlossen zu begegnen". Alle Arten von Terrorismus seien eine "verachtenswerte und durch nichts zu rechtfertigende Bedrohung für unsere Gesellschaft". Ein Polizeisprecher sagte, zunächst hätten sich zwei Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt, bevor mehrere Schützen das Feuer auf die Flüchtenden eröffneten. Vier der Angreifer seien von der aufgebrachten Menschenmenge gelyncht worden, die anderen hätten im Chaos fliehen können. Augenzeugen berichteten, dass Sicherheitskräfte Schüsse abgegeben hätten, um weitere Angreifer abzuschrecken. Der Polizeisprecher schätzte die Zahl der Attentäter auf etwa 15. Die Grosse Moschee ist direkt an den Palast des Emirs von Kano angeschlossen, des zweithöchsten islamischen Geistlichen in Nigeria. Emir Muhammad Sanusi II. hatte vergangene Woche in der Moschee zum bewaffneten Widerstand gegen die Islamistengruppe Boko Haram aufgerufen. Zugleich hatte er der Armee vorgeworfen, die Bevölkerung nicht vor den Angriffen zu beschützen. Wo sich der Emir zum Zeitpunkt des Anschlags befand, war unklar. Ein AFP-Reporter zählte allein in der Leichenhalle einer Klinik 92 Tote. Hunderte Menschen suchten unter den Opfern nach Angehörigen. Ein Mitarbeiter der Rettungskräfte sagte, die Opfer seien in mindestens drei weiteren Kliniken gebracht worden. Ob Boko Haram hinter dem Anschlag in Kano steckt, war zunächst unklar. Rund 80 der 170 Millionen

Einwohner Nigerias sind Muslime. Der Emir von Kano ist für sie eine religiöse Respektsperson ersten Ranges. Nur der Sultan von Sokoto genießt noch höheres Ansehen. Dieser hatte am Montag die Sicherheitsbehörden wegen ihrer Unfähigkeit, die Angriffe der Extremisten zu verhindern, scharf angegriffen. Boko Haram wirft den islamischen Würdenträgern hingegen vor, den Islam zu verraten, indem sie Anordnungen der nigerianischen Regierung Folge leisten. Kano ist mit zehn Millionen Einwohnern die grösste Stadt im Norden Nigerias. Sie war bereits wiederholt Schauplatz blutiger Anschläge.